

Stückpreis
im Stadt, Orts-
und Nachbarort
verfahr. Nr. 270,
außerhalb Nr. 280
entsprechend der
Postgebühren. Die
Anzahl der
Kontaktpunkte: 108.
Erscheinungswelt
täglich, mit Aus-
nahme der Sonn-
und Festtage. 2

Gebrüder 1877.



Die 10spaltige Zeile
oder deren Raum
18 Zeilen. Die
Reklamzeile über
beiden Seiten 20
Zeilen. Bei
Wiederholungen
unveränderter An-
zeigen entsprechen-
den Rabatt. Bei
gerichtlicher Ein-
treibung und Kon-
kursen ist der
Rabatt umfälliger.

Veruspredet 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 117 Druck und Verlag in Altensteig. Donnerstag, den 22. Mai. Amtsblatt für Walsgrafenweiler. 1919.

Prinz Max über den Friedensvorschlag unserer Feinde.

Prinz Max von Baden hat zu dem Friedensvorschlag unserer Feinde Stellung genommen und darin festgesetzt, daß Wilson sich und die Entente an seine 14 Punkte und an die Auslegung gebunden hat, die er ihnen selbst gab. Darum habe das deutsche Volk ein Recht, auf der Durchführung dieser Punkte zu bestehen. Dann führt Prinz Max aus: Mit einer ungeheuerlichen Lüge wird der Versailler Friede begründet. Deutschland soll allein den Krieg verschulden, allein das Völkerrecht und die Gebote der Menschlichkeit im Laufe des Kriegs verletzt haben. Um diese Schuld symbolisch darzustellen und festzulegen, wird der Kaiser in Anklagezustand versetzt, wird die Auslieferung aller Deutschen, gegen die die Entente Klagen will, verlangt. Ich bin überzeugt, daß der Kaiser vor jedem unbefangenen Gericht bestehen und seine Friedensliebe nur bekannter und offenkundiger werden würde. Nicht Furcht vor einer Schuldigsprechung läßt uns den Gerichtshof ablehnen, vor den er und mit ihm Deutschland gestellt werden sollen. Wir lehnen ihn aber ab, weil seine Zusammensetzung den Grundsatz aller Rechtsprechung verletzt: Der Kläger kann nicht Richter sein. Weiter sagt Prinz Max: Die Mitschuld der führenden Männer der Entente am Ausbruch des Kriegs wird erst eine spätere Zeit ganz klar stellen können. Vor aller Augen aber sind während des Kriegs von Staatsmännern unserer Feinde Vergehen gegen das Völkerrecht begangen oder geduldet worden, die sie in unseren Augen unfähig machen, Vorkämpfer für Recht und Menschlichkeit zu sein.

England hat gleich zu Beginn des Krieges die Kongoakte zerrissen und damit die Grundlage der gemeinsamen Kulturarbeit im schwarzen Erdteil vernichtet.

England hat in allen Siedlungen über See deutsches Eigentum geraubt und zerstört.

England und Frankreich haben deutsche Frauen und Kinder in den Kolonien gefangen gehalten, ihre Gesundheit schwer geschädigt und die Würde der weißen Rasse vor den Eingeborenen herabgesetzt.

Frankreich hat in Dahomey an deutschen Gefangenen unermessbare Greuel begangen; keiner der Alliierten ist ihm in den Arm gefallen.

Amerika hat als Schutzmacht der Deutschen in Rußland zehntausende von deutschen Gefangenen bekommen lassen, ohne einen energischen Schritt dagegen zu unternehmen.

England hat als Hauptwaffe im Kriege die völkerverrechtswidrige Blockade gegen die deutsche Zivilbevölkerung verwendet, eine Maßnahme von solcher Grausamkeit gegen Leib und Seele eines ganzen Volks, wie sie in der Geschichte noch nicht vorgekommen ist. Amerika hat gegen die Ungeheuerlichkeit protestiert und sich dann als Kriegsführender an der Maßnahme beteiligt.

Wegen diese Anklagen schon schwer genug, so habe ich doch noch eine schwere zu erheben: England hat nach Abschluß des Waffenstillstands gegen unser wehrloses Volk von dem Kriegsmittel der Blockade weiter Gebrauch gemacht und dadurch wissenschaftlich den Tod von hunderttausenden von Richtkambattanten verschuldet. Frankreich und Belgien haben nach Abschluß des Waffenstillstands an unseren Kriegsgefangenen ihre Nachsicht ausgelassen und das Schicksal dieser schwergeprüften Männer zu einer Hölle gemacht. England hat Beihilfe geleistet, Amerika hat keinen Einspruch erhoben.

Ich habe nur einen Teil der Klagen vorgebracht, die sich gegen offenkundige Verletzung des geschriebenen Gesetzes richten. Wir stellen hier die Frage, ob Vertreter der Völker, deren Gewissen so schwer belastet ist, ein Recht haben, sich im Namen der Freiheit und Menschlichkeit ein Richteramt über andere anzumachen.

Diesen Frieden müssen wir ablehnen. Wir müssen ihn ablehnen, weil er unseren völligen Untergang bedeuten würde. Treten seine Bestimmungen in Kraft, so würde allein schon die Frage unserer Ernährung schwerer zu lösen sein als selbst der Fortbestand der Blockade. Wir müssen ihn ablehnen, denn wir begehen eine Unwahrscheinlichkeit, wenn wir seine Bedingungen annehmen und wissen, daß wir sie nicht erfüllen können. Ich warne davor, zu glauben, daß der Völkerverbund, wie ihn unsere Feinde sich erdacht haben, eine Revision dieses Gewaltfriedens vorzunehmen, bereit oder imstande sein wird. Ich warne

auch vor der betrügerischen Hoffnung, daß die internationale Sozialdemokratie einen solchen Umschwung herbeizuführen vermag. Der allgemeine Wunsch nach Ordnung und Ruhe würde ihnen entgegenstehen, der heute bei einer Ablehnung für uns wirkt.

Wir müssen aber diesen Frieden vor allen Dingen ablehnen, weil wir uns an der Lüge nicht beteiligen dürfen, daß er ein Rechtsfriede sei.

Wilson's Botschaft an den Kongreß.

Präsident Wilson richtete an den Kongreß in Washington eine Botschaft. Er kündigte seine Abreise von Europa an, deren Zeitpunkt er aber wegen der Ungewißheit des Stands der Friedensverhandlungen noch nicht bestimmen könne. Die Botschaft beginnt mit den Worten des Bedauerns, daß Wilson nicht persönlich die außerordentliche Session des Kongresses eröffnen könne. Es wäre verfehlt, sagt Wilson, die Friedensbedingungen zu erörtern und ein Urteil über sie abzugeben, bevor sie eine abgeschlossene Fassung erhalten haben. Nach dieser kurzen Erklärung kommt der Präsident auf die innere Geseßgebung Amerikas zu sprechen. Der Präsident berührt dabei auch die Arbeitsfrage. Er betont, daß er unter der Arbeitsfrage nicht die Frage der guten Warenerzeugung verstehe, sondern die Frage, wie den Männern und Frauen die Arbeitslasten vermindert und ihre Lebensbedingungen verbessert werden können. Es sei auch die Frage zu prüfen, wie durch das Entgegenkommen der Arbeitgeber eine bessere Stellung der Arbeiter geschaffen werden könne. In erster Linie sei das möglich durch die Geseßgebung, die jedem einzelnen Staat überlassen sei. Einheitlich und besser gestaltet sich vielmehr die Lösung durch eine gemeinsame, zwischen allen Staaten ausgeübte gleiche Geseßgebung. Amerika sei dadurch vorbildlich geworden, daß es den Achtstundentag eingeführt habe und die Kriegsarbeit einschränkte. In den Vereinigten Staaten hänge die Arbeiterorganisation mit militärisch wichtigen Fragen zusammen, so wie die demokratischen Soldaten beschäftigt und untergebracht würden. Der Vorteil der Bearbeitung der schon in Aussicht genommenen brachliegenden Landstreden wäre groß und Wilson empfiehlt die schnelle Ausarbeitung der betreffenden Entwürfe. Ferner kündigt der Präsident die Eröffnung weiterer Arbeitsgebiete an, die sowohl auf dem Gebiet der Landwirtschaft, als auch der Industrie zu suchen seien. Es fehle weder an Kapital noch an Arbeitskraft, um die ganze vom Krieg betroffene Industrie wieder aufzurichten. Amerika sei das am wenigsten geschädigte Land, das den Krieg mitgemacht habe, und sich von den Schäden rasch erholen könne, besonders, da es in einer bevorzugten Stellung in bezug auf seinen Handel stehe und beinahe keinen Rivalen habe. Wenn auch die amerikanische Flotte von gewisser Seite als Rivale angesehen werde, so werde sie, wenn sie als Rivale antrete, nur im Guten kommen, indem sie die europäischen Staaten mit dem Notwendigsten zum Lebensbedarf versorge. Die Lage des europäischen Handels und der Industrie könne Amerika nur Vorteil bringen. Das Augenmerk lenkt er auf die chemische Industrie, die so ausgebaut werden müsse, daß sie der deutschen die Wage halten und den Wettbewerb aufnehmen könne. Wilson tritt endlich für das Frauenstimmrecht ein.

Eine weitere ablehnende Antwort Clemenceaus.

Paris, 21. Mai. Auf die Note Broddorffs über die Wiedergutmachung und die Schulfrage vom 16. Mai antwortete Clemenceau namens der Verbündeten: Graf Broddorff habe ausgeführt, daß die im November 1918 angenommene Verpflichtung der Wiedergutmachung (der Kriegsschäden) nicht die Anerkennung der Verantwortlichkeit für den Krieg oder für Handlungen der früheren Regierung in sich schließe. Die Anerkennung der Ersatzpflicht könne aber nur verstanden werden, wenn ihr die Verantwortlichkeit der Urheber der Schäden zu Grunde liege. In der Note des Staatssekretärs Lansing vom 6. November 1918, auf die Broddorff sich berufe, sei gesagt, daß aus dem Angriff Deutschlands zu Wasser und zu Land und in der Luft die Entschädigungspflicht hervorgehe. Die deutsche Regierung habe keinerlei Protest gegen diese Behauptung Lansing eingelegt und damit deren Wohlgegründetheit anerkannt. Deutschland habe also 1918 den Angriff und seine Verantwortlichkeit klar und stillschweigend zugegeben. Broddorff erkläre weiter, daß das deutsche Volk nicht

für die Haltung der jüngeren Regierung verantwortlich gemacht werden könne. Deutschland hat indessen nie erklärt — eine solche Behauptung würde auch allen Grundsätzen des Völkerrechts zuwiderlaufen —, daß eine Veränderung seiner Regierung oder eine Umwandlung seines leitenden Personals genügen würde, um die von der Nation übernommenen Verpflichtungen ungültig zu machen. Es habe weder 1871 gegenüber Frankreich vor der Ausrufung der Republik, noch 1917 gegenüber Rußland nach der Abschaffung des Zarismus durch die Revolution diesem vorgebrachten Grundsatze gemäß gehandelt. — Die verlangte Übermittlung des Berichts der Kommission für die Verantwortlichkeit lehnt Clemenceau ab, da das eine innere Angelegenheit der Friedenskonferenz sei.

Neues vom Tage. Zur Schulfrage.

Berlin, 21. Mai. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ schreibt: Die Wochenschrift „Deutsche Politik“ ist in der Lage, die Denkschrift zu veröffentlichen, die im Auftrag von Kaiser Franz Joseph der österreichisch-ungarischen Botschafter am 8. Juli 1914 dem deutschen Kaiser überreicht hat und die zum Ausgangspunkt des unruhigen Gesprächs über den Potsdamer Kronrat geworden ist. Diese Denkschrift stellt mit einwandfreier Deutlichkeit die angreifbarsten Punkte der Entente dar, die vom Orient aus und um den Orient den Krieg ins Werk setzten. Wenn auch wirklich neue Gesichtspunkte darin enthalten sind, so ist sie trotzdem ein neuer wesentlicher Beitrag zur Lösung der Frage von der Schuld am Kriege. Die Denkschrift stellt übrigens fest, daß sie vor der Erworbnung des Thronfolgers fertiggestellt worden ist.

Aus der Waffensstillstandskommission.

Berlin, 21. Mai. Major Papp, der Vorsitzende der deutschen Unterkommission für Kriegsgefangene, hatte in einer Versammlung in Berlin zum Schutz der Kriegsgefangenen einen Vortrag gehalten. Ueber diesen Vortrag erklärte ein französischer Offizier, der jener Versammlung anwohnte, an seine Vorgesetzten Bericht, worauf Marshall Foch, ohne die von General Rubant angeordnete Untersuchung abzuwarten, befahl, daß Major Papp wegen verleumdender Falschbildung der alliierten Waffensstillstandskommission die Stadt Spa zu verlassen habe. Der Vorsitzende der deutschen Kommission, General von Hammerstein, hat gegen das Verfahren Fochs unterschiedenen Einspruch erhoben.

Die Spartakisten.

Gienach, 21. Mai. Bei dem gestrigen russischen Minenangriff auf den Güterbahnhof sind die Güterschuppenhalle, die Umladehalle und 16 Güterwagen vollständig ausgebrannt. Die Rettungsarbeiten wurden durch Angriffe der Spartakisten und Explosionen von Säureflaschen erschwert. — Eine Arbeiterversammlung beschloß auf Vorschlag der Arbeitervertreter einstimmig, die Arbeit morgen früh in allen Betrieben wieder aufzunehmen.

Danzig, 21. Mai. Hier wurden über 20 russische Deget verhaftet, die einen bolschewistischen Parteitag in Danzig hervorrufen wollten.

Kurze Frist.

Paris, 21. Mai. Der „Temps“ schreibt: Die der Friedensabordnung am 7. Mai gestellte Frist läuft am 22. Mai, nachmittags 3 Uhr, ab. Sobald die Verbündeten in den Besitz der angefordigten Gegenvorschläge gelangt sind, wird die Antwort vom Obersten Rat sofort aufgesetzt und dem Grafen Broddorff-Kanbau übergeben, wahrscheinlich mit einer kurzen weiteren Frist zur Annahme oder Ablehnung. Der eigentliche Abschluß im Kriegssaal des Schlosses zu Versailles wird nicht vor der ersten Juniwoche stattfinden können.

Stimmen über die Friedensbedingungen.

Paris, 21. Mai. Der Senator Sembat schreibt in der Zeitung „Heure“: Es ist nicht schwer, annehmbare Verringerungen an dem Vertrag vorzuschlagen. Der Wortlaut ist nicht unerbittlich. Bei den Alliierten sind viele Leute keineswegs entzückt. Wenn Deutschland hervorhebt, daß wir uns selbst ruinieren, wenn wir Deutschland ruinieren, wenn es Finanzvorschläge macht, welche die Kosten aller erleichtern, dann hat es vielleicht Aussicht, gehört zu werden. Die Finanzlage muß uns zur wahren Anschauung des Friedens bringen. Im Grunde war die Hauptdummheit, welche in Versailles begangen wurde, diejenige, nicht zu



sagen, daß der Völkerverbund nur unter der Bedingung, daß er die ganze Welt umfaßt, möglich ist. Entweder führt man den Krieg oder schließt Frieden, namentlich mit dem gestrigen Feind, sonst ist es kein Frieden. Unter dieser Bedingung kann man finanzielle Abmachungen treffen, die sowohl Frankreich wie Deutschlands Bankrott verhindern.

Paris, 21. Mai. Die Nationalisierung des Brots wurde aufgehoben.

Paris, 21. Mai. „Journal“ meldet aus Tanger, in einem Kampf mit Marokkanern haben die spanischen Truppen 95 Tote und viele Verwundete verloren.

Von der Friedenskonferenz.

Auf Antrag von Venizelos beschloß die Konferenz in Paris die Strafverfolgung des früheren griechischen Königs Konstantin durch einen alliierten Gerichtshof.

Genf, 21. Mai. Die französische Kammer vertagte die Besprechung der Interpellation der Sozialisten über das Verbot der Veröffentlichung des Friedensvertrags in den Verbändländern. Die Schweizer Presse schreibt, daß die Hoffnungen der Deutschen auf eine Unterstützung durch den französischen Sozialismus eine große Enttäuschung bringen würden.

Antrag auf Fristverlängerung.

Verailles, 21. Mai. Graf Brockdorff-Rantzau hat dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz, Clemenceau, mitgeteilt, daß er ihm Noten über die Gebietsfragen im Osten, über Eschaj-Bohringen, die besetzten Gebiete, die Schabenerfabrik, das Arbeiterrecht, die Behandlung des deutschen Privateigentums im feindlichen Ausland, sowie eine zusammenfassende Darstellung der Stellung der Reichsregierung zum Friedensvertrag übergeben werde. Zur eingehenden Behandlung dieser schwierigen Arbeiten reiche die am 7. Mai gestellte Frist von 15 Tagen nicht aus und er stelle daher den Antrag, die erwähnten Noten schon jetzt als zum Gegenstand der schriftlichen Erörterungen gemacht anzusehen und dafür die erforderliche Frist zu gewähren.

Wertvolle Sendungen.

Amsterdam, 21. Mai. In Odense ist ein Sonderzug aus Deutschland mit Flugzeugen für das holländische Fliegerlager Sösterberg angekommen. Gestern ist von Odense ein Sonderzug aus Deutschland mit vermünztem Gold im Wert von 200 Millionen Mark für die niederländische Regierung in Amsterdam als Bürgschaft für die Lebensmittel angekommen, die Amerika an Deutschland liefert.

Von der Friedenskonferenz.

Verailles, 21. Mai. (Havas.) 4 Mitglieder der deutschen Abordnung werden nach Holland gehen, um dort über die Zufuhr von Lebensmitteln zu verhandeln.

Paris, 21. Mai. Die Pariser Presse fordert offenbar auf Geheiß der Regierung — die deutsche Friedensabordnung auf, den Friedensvertrag ungesäumt zu unterzeichnen. Die Nichtannahme würde für Deutschland schwerste Folgen haben.

Verkauf deutscher Hüttenwerke.

Gelsenkirchen, 21. Mai. Die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft hat beschlossen, ihre linksrheinischen Betriebe Burdach, Eick und Dübbering wegen der wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten und der feindlichen Stimmung in Luxemburg zu verkaufen. Das Angebot beträgt 130 Mill. Mk. in bar, Eingabe von 65 Millionen belgischer Franken, 5 prozentige Obligationen mit 40jährigem Zinsfuß und Vereinbarung eines Konzessionsauftrags auf 13 Jahre. Sowohl in Luxemburg, als auch in Frankreich sind in der Kammer Interpellationen eingebracht worden, die sich einerseits gegen eine Vergrößerung des französischen Einflusses in Luxemburg, andererseits gegen eine Veranlassung deutschen Kapitals richteten. Aus diesem Grunde muß mit einer Verschönerung des Verkaufs gerechnet werden. Die Aachener Hütte soll ebenfalls verkauft werden, da für die Gesellschaft diese Hütte ohne lothringischen und luxemburgischen Besitz, ohne Hochöfen und in Ermangelung eigener Erze wertlos ist.

Fürsprache des Papstes.

Freiburg i. B., 21. Mai. Der Papst hat dem Erzbischof von Freiburg amtlich mitteilen lassen, daß er auf dessen Bitte Schritte zur Milderung der Friedensbestimmungen unternommen habe.

Westpreußen in Belagerungszustand.

Berlin, 21. Mai. Ueber ganz Westpreußen ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Bombenanschlag.

(-) Bromberg, 21. Mai. Als gestern Geheimrat Kleinow in einer Arbeiterversammlung über deutsche Politik im Osten sprechen wollte, erfuhr er vielfach Widerspruch, so daß er abbrechen mußte. Eine unabhängige Sozialistin sprach sodann über den Friedensvertrag, wodurch eine große Erregung entstand. Plötzlich wurden zwei Handgranaten gegen die Rednertribüne geschleudert, die aber mitten im Saal platzen. 5 Männer und 4 Frauen wurden schwer verletzt.

Amtliches.

Versteigerung von Heerdepferden.

Am Samstag den 24. Mai von 10 Uhr vormittags ab wird in Garnstadt in der neuen Artilleriekaserne eine kleinere Anzahl nicht mehr dienstfähiger Militärpferde — etwa 8-10 Pferde — versteigert.

Als Steigerer werden nur solche Personen zugelassen, welche im Besitze einer auf ihren Namen lautenden, mit dem

Stempel des Kriegsausschusses und der Unterschrift des Referenten der Pferdeabteilung versehenen Pferdearten sind und sich durch eine Bescheinigung ihres Schuttschienenamtes über den rechtmäßigen Besitz dieser Pferde ausweisen können. Die Karten sind sichtbar zu tragen.

Landesnachrichten.

Altensteig, 22. Mai 1919

* Ernannt wurde der Landgerichtsdirektor Dittmar von Heilbronn, Notariatsverweser in Besigheim, zum Bezirksnotar in Tettnach.

ck. Sitzung der bürgerlichen Kollegien vom 20. Mai. Gemeinderat allein: Versetzt wird eine Eingabe des Gewerbetreibenden, ebenso eine solche der hiesigen Wirte, in welcher gebeten wird, bei der zuständigen Behörde um die Erlaubnis zur Abhaltung eines Pferdewarrens mit dem am 12. Juni hier stattfindenden Jahrmarkt nachzusuchen. Der Vorsitzende bemerkt, daß das Gesuch bereits abgegangen u. die Genehmigung zu erwarten sei. — Zur Vorlage kommt ein Vorschlag des Schreinermeisters Sälzer hier, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden. — Der Vächter des städt. Backhauses, Bäckersmstr. Wochle, bittet um Vornahme baulicher Erweiterungen zur Gewinnung weiterer Wohnräume; im Hinblick auf die hohen Kosten kann diesem Gesuch vorerst nicht entsprochen werden. — Holzblöthauer Braun wünscht Anschlag seines Hauses, sowie Zuphnecker Steeb seines Gartens an die Wasserleitung, diese Gesuche finden unter gewissen Voraussetzungen Genehmigung. — Die Anschaffung einer Drehbank zum Preise von 4.800 für das städt. Elektrizitätswerk wird genehmigt. — Oberförster Pfister berichtet, daß vom Jorkturm aus dem Staatswald in der Nähe der Stadt weitere 43 Mr. Brennholz zugestellt wurden. — Derselbe beantragt als weiterer Nothstandsarbeiten die Ausführung eines Weges im Stadtwald Langenberg, wozu der Gemeinderat seine Zustimmung gibt.

Jerner wird der mit dem Waldbesitzerverein und dem Waldbesitzerverband festgesetzte neue Lohnstarif bekanntgegeben. Gemeinderat und Bürgerausschuss: Zu der am Sonntag stattfindenden Gemeinderatswahl werden für den Wahlbezirk II Wahlvorstand und Beisitzer gewählt. — Eine vom Bezirksschulamt beantragte Erhöhung der Mietzinsbeiträge an die hiesigen und umliegenden Volksschulen findet dahin ihre Regelung, daß denselben eine Tenen-gesamtlage von je 4.100 ab 1. Juni in waldrentlicher Weise gewährt wird. — An der Schulkasse des Hauptlehrers Luge ist durch die hohe Schülerzahl die Eintragung von Nebenstunden nötig geworden; der hiesige erforderliche Mehrbedarf wird an die Stadtkasse übernommen. — Durch die auch aus hiesigen Plagen sehr fühlbare Wohnungsnot mußten Bestimmungen erlassen werden, welche die Erfassung unbekannter Wohngelegenheiten ermöglichen; zur Ausnahme derselben wird eine Kommission bestimmt. — Frau Spitalverwalter Seitzinger bittet, ihr den Bedarf an Brennmaterial für das städtische Krankenhaus künftig nicht mehr in Geld, sondern in Natura zu leisten, was Genehmigung findet. — Eine längere Aussprache und Beratung erforderte die Neuregelung der Milchversorgung in hiesiger Stadt. Die Zuneigung sämtlicher Milch an und durch die Abgabestelle hat mancherlei Unzufriedenheit erregt. Die neue Maßnahme, welche nicht durch den Gemeinderat sondern behördlicherseits angeordnet wurde, hat sich bis jetzt, wie der Vorsitzende mitteilen kann, gut eingeführt. Am nun dem ruhmalten den Erzeugerpreis von 40 Pf. pro Liter nicht vorzuzahlen zu müssen, dem Verbraucher dagegen die Milch zu demselben Preis abgeben zu können, wird beantragt, die Unkosten Differenz mit 8 Pf. für das Liter, wovon die Hälfte für Kriegswohlhaberspf. ersetzt wird, auf die Stadtkasse zu übernehmen. Mit Rücksicht auf die große Bedeutung welche einer ordnungsmäßigen und nicht zu inneren Milchversorgung der Einwohnerschaft zukommt, wird die Unkostenübernahme auf die Stadtkasse beschlossen.

— Der Markkurs ist im freien Verkehr in der Schweiz am 20. Mai auf 61½ Rappen (49 Pf.) gestiegen. Die Schweizer Blätter glauben, daß dies auf die feste Haltung Deutschlands in den Friedensverhandlungen zurückzuführen sei.

— Französische Tuche. In Köln sind große Mengen besserer Tuche aus Paris in mächtigen Lastautos eingetroffen, die an deutsche Tuchgeschäfte verteilt werden sollen. Die Preise sind sehr hoch. Der Wert der Sendung beläuft sich auf 2 Millionen Mk.

— Handel mit Seife. Amtlich wird wiederholt darauf hingewiesen, daß Seife nur zu den gesetzlich bestimmten Höchstpreisen und gegen Seifenkarten abgegeben werden darf. Die Herstellung von Seife ist nur den Mitgliedern der Seifenherstellungsgesellschaft gestattet. Aus dem Auslande oder dem besetzten Gebiet kommende Seife ist dem Reichsausschuss für Dele und Fette, Berlin N. W. 7 Unter den Linden 68 a anzumelden und abzuliefern. In letzter Zeit häufen sich die Anzeigen von Seife, insbesondere französischer, belgischer und holländischer Ursprungs. Der Käufer riskiert die Beschlagnahme der Seife, außerdem setzt er sich der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aus.

— Warnung. Vor Auswanderervereinen, die ein gutes Geschäft machen wollen, wird amtlich gewarnt. Auswanderungsbüro wenden sich am besten an die Reichsausschuss für Dele und Fette in Berlin N. W. 8, Wilhelmstr. 71, die kostenlos Auskunft erteilt.

— Fischeinkauf. In nächster Zeit sind größere Zufuhren von Fischen zu erwarten. Die Kriegswirtschaftsgesellschaft Gewerbetreibender nimmt Anmeldungen des Bedarfs der Kommunalverbände entgegen.

— Freigabe von Holzspänen. Die Beschlagnahme, Bestandserhebung und Höchstpreise von Holzspänen aller Art (Sägmehl) sind in Württemberg aufgehoben worden.

— Zur Ablieferung der 140.000 Lüge nach dem Friedensvertrag macht die Medizinische Gesellschaft in Freiburg die Bemerkung, daß bei der schon jetzt ungenügenden Milchszugung die vom Ausland bezogene kondensierte Milch auch für die Säuglinge verwendet werden müßte. Ganz abgesehen von der wirtschaftlichen Widerständigkeit dieses Austausches würde diese Art der Ernährung auf die Dauer mit Sicherheit zu allgemeinem Säuglingssterben in Deutschland führen.

(Korr.) Wart, 21. Mai. Die Gemeinderatswahl am letzten Sonntag ergab als Gewählte auf 6 Jahre: Hirschwirt Dürr, J. G. Harimann jr. Gemeinderats Sohn J. G. Großmann + Gemeinderats Sohn, Jakob Bärle, Bauer; als Gewählte auf 3 Jahre: Gemeindepfleger Dertler, Jakob Rothfuß, Bauer, Abtwirt Berner, u. d. Michael Stoll, Bauer.

Calw, 21. Mai. (Besigwechel.) Das Hotel z. Waldhorn ging samt Inneneinrichtung um den Gesamtpreis von 220.000 Mk. in den Besitz des Hoteliers Paul Luz z. Post in Nagold über. Die Uebernahme soll auf 1. Oktober d. J. erfolgen.

Calw, 21. Mai. Durch Entschließung der Staatsregierung ist der Oberbahnhofsmeister Bengel hier auf Ansuchen in den Ruhestand versetzt worden.

Stuttg., 20. Mai. (Brandfall.) Heute Nacht von 3-5 Uhr ist hier das Anwesen des Mathias Faust, Bauers und des Sattlers Schilling (zwei Wohnhäuser und Werkstätte) abgebrannt. Brandstiftung ist mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit die Ursache.

(Korr.) Vom oberen Neckar, 21. Mai. Nach dem heute bekannt gewordenen Ergebnis der Gemeinderatswahl in Schwemlingen sind gewählt: Von der Deutschen dem. Partei 8 Kandidaten, vom Zentrum 2, von der Sozialdemokratie 5, von der unabh. Sozialdemokratie 5.

Gemeinderatswahlen im Lande.

Nach einer vorläufigen Zählung entfielen bei den Gemeinderatswahlen in Heilbronn 12 Sitze auf die Deutsche demokratische Partei, 11 auf die Sozialdemokratie, 3 auf die Unabhängigen, 2 auf die Bürgerpartei und 2 auf das Zentrum. — In Schorndorf, errang die Bürgerpartei 8, die Deutsche demokratische Partei 7 und die Sozialdemokratie 5 Sitze. Abgestimmt haben rund 50 Prozent. — Bei der Gemeinderatswahl in Aalen erhielt die Sozialdemokratische Partei 7, das Zentrum 5, der Bauernbund 5, die Deutsche demokratische Partei 4, die Freie Wählervereinigungen 2 und die Bürgerpartei 1 Sitz. — In Rottweil entfielen auf die Sozialdemokratie 202, auf die Deutsche demokratische Partei 85, auf die Bürgerpartei 108, auf das Zentrum 771, auf die Christlichen Gewerkschaften 65 Stimmen. — Bei der Gemeinderatswahl in Schwäbisch Gmünd erhielt der Bauernbund 7, die Deutsche demokratische Partei 5 und die Sozialdemokratische Partei 4 Sitze.

(-) Stuttgart, 21. Mai. (Landesbauernrat.) Am 13. Mai 1919 fand die Landesversammlung des Württ. Landesbauernrats statt. Zu ihr waren die Delegierten von 45 Oberämtern erschienen. Die Büroräume der Geschäftsstelle des Landesbauernrats wird im Neuen Schloß in Stuttgart untergebracht (Telefon 2266). Jeder Landwirt in Württemberg hat das Recht, kostenlos die Geschäftsstelle in Anspruch zu nehmen. Die Statuten des Landesbauernrats wurden fertiggestellt, sie werden im Laufe dieser Woche noch an die Bezirksbauernräte abgesandt werden.

(-) Stuttgart, 21. Mai. (Postdiebstahl.) Am Mittwoch, den 14. Mai wurde im Hauptpostamt eine Holzliste mit 20.000 Mk. Papiergeld gestohlen.

(-) Stuttgart, 20. Mai. (Die Spaltung in der Sozialdemokratie.) Aus Verbandskreisen wird dem „N. T.“ geschrieben: Die Zerlegung innerhalb des Metallarbeiterverbands greift immer mehr um sich. Aus dem ganzen Reich liegen Nachrichten vor, daß die radikalen Gruppen überall damit beginnen, die langjährigen erfahrenen Beamten abzuliefern. Auch in Stuttgart wurden die bisherigen Beamten nicht mehr gewählt. In der neuen „Metallarbeiterzeitung“ wendet sich der Vorstand wieder mit einem Aufruf an die Mitglieder. Der Aufruf wendet sich hauptsächlich gegen Berlin. Der dortige radikale Kopf, der in Marinekreisen eine bekannte Rolle spielte, sei das Haupt der neuen Bewegung, die bewußt auf die Spaltung des Verbands hinarbeite.

Mutmaßliches Wetter.

Ein ziemlich kräftiger Hochdruck im Nordwesten herrscht in steigendem Maße die Wetterlage. Am Freitag und Samstag ist Fortsetzung des trockenen und heiteren, tagsüber wärmeren Wetters zu erwarten.

RASCH und SPARSAM

baut man nach der AMBI-Bauweise. Rohstoffe überall erreichbar. Dach-Ziegel durch die AMBI-Dachstein-Maschine für Handbetrieb

AMBI, Abt. II K
Charlottenburg 9

Goldene Medaille u. Silberner Staatspreis
1919 Reichverband für sparsame Bauweise

Vermischtes.

Ein Millionendiebstahl verhaftet. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, ist in Wien ein Diebstahl an dem Spanbauer Millionendiebstahl festgenommen worden. Der Verhaftete soll der des Diebstahls verdächtig, über bezauberte Kräfte, ein ehemaliger Mitgliederburjete, sein, der nach dem Raub aus Berlin verschwand.

Giftschnaps. In einer Gastwirtschaft in Berlin sind dieser Tage nach dem Genuss von „Kognak“ einige Gäste schwer erkrankt und ein Gast sofort gestorben. Der Wirt selbst ist schwer erkrankt und erkrankt. Dieses Schicksal hatten noch viele andere Personen. Die Untersuchung ergab, daß der Kognak von einer Fabrik stammte, die den nötigen Alkohol auf dem Wege des Schleichhandels erwarb. Eine größere Menge „Kognak“ konnte noch auf dem Bahnhof beschlagnahmt werden. Die Polizei sucht in den Gastwirtschaften nach vorhandenen Vorräten des Giftschnapses. Vor einigen Jahren sind in Berlin schon einmal über 100 Inassen des Arbeitslosenrats an einem aus Weizenalkohol hergestellten „Kognak“, den ihnen ein gewillensloser Händler verkauft hatte, gestorben.

Blinder Eifer schadet nur. Als am Sonntag nacht eine Familie von einem Ausflug zu Wagen nach Bromberg zurückkehrte, wurde das Gefährt von einem Posten der Ortswehr eines nahegelegenen Orts angehalten. Der Wagen hielt nicht sofort, worauf der Posten einen Schuß abgab, durch den eine Frau getötet, ein junges Mädchen schwer verletzt wurde.

Druck und Verlag der W. Nieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lau?

Legte Nachrichten.

W.B. Berlin, 22. Mai. Wie die „Deutsche Allgem. Zeitung“ nach dem englischen Pressedienst mitteilt, ist die Frist für die Beantwortung des Friedensentwurfs um 8 Tage verlängert worden.

W.B. Versailles, 21. Mai. Peilix Parisien teilt mit, daß Orlando und Crespi gestern Abend nach der italienischen Grenze abgereist sind, um mit den aus Rom eintreffenden übrigen Mitgliedern der italienischen Regierung heute einen Ministerrat wegen der innerpolitischen und der Friedensvertragsfragen abzuhalten. Sonnino bleibe in Paris.

W.B. Berlin, 21. Mai. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Aus Mannheim wird gemeldet, daß dort unter der Bevölkerung große Unruhe entstanden ist, da man allgemein befürchtet, daß bei Nichtunterzeichnung des Friedensvertrags die Stadt von Ententetruppen besetzt werden würde. Die Folge war, daß ein Sturm auf die Sparkassen gemacht wurde, um Geld abzuholen, und daß ein großer Teil der Bürgerschaft begann, fluchtartig Mannheim zu verlassen. Die Verwirrung wurde dadurch noch vergrößert, daß die Arbeiter recht zahlreichen Arbeitslosen der Stadt durch Massenmärsche und Protestversammlungen eine Erhöhung

ihrer Unterfügungen zu erzwingen suchten. Es ist bedauerlich, daß dem Mannheimer Bürgertum die Besonnenheit abhanden zu kommen scheint. Bis auf weiteres gehört jeder Mannheimer auf seinen Platz.

W.B. Berlin, 22. Mai. Ueber die Friedensbedingungen für Deutsch-Oesterreich teilen verschiedene Morgenblätter mit, daß in erster Linie bedingungsloser Verzicht auf den Anschluß an Deutschland und Unterlassung jeder den Anschluß in einem späteren Zeitpunkt vorbereitenden Tätigkeit ausgesprochen wird. Wenn Deutsch-Oesterreich die Bedingungen nicht annehme, so würde mit der Sperre der Lebensmittelzufuhr vorgegangen und der deutsch-österreich. Republik werde eine finanzielle Last auferlegt werden, die auf eine lange Zeit hinaus jede selbständige Regierung unmöglich machen werde. Dagegen soll eine Besetzung nicht in Aussicht genommen sein.

W.B. Berlin, 21. Mai. (Meldung der Telegrafien-Kompagnie.) Wie die Telegrafien-Kompagnie von gut unterrichteter Seite erfährt, sind die deutschen Gegenvorschläge trotz ihrer Unvollständigkeit bereits am Montag nach der Durchberatung im Kabinett und im Friedensauschuß der Nationalversammlung den Regierungen der Alliierten übermittleit worden.

Aufruf

zur Wahl für die Landeskirchenversammlung.

Die Jahrhunderte alte enge Verbindung unserer evangelischen Kirche mit dem Staate ist aufgelöst. Die Kirche soll nun auf eigenen Füßen stehen, das Kirchenvolk sich selbständig durch Männer und Frauen seines Vertrauens regieren. Es gilt also einen Neubau zu errichten, in dem das wertvolle Alte erhalten und weitergebraucht, das Neue mit dem Alten zu einem tragfähigen, dauerhaften und für alle Kirchengenossen wohnlichen Bau umgeschaffen wird. Die geistigen Grundlagen sollen sich nicht ändern. Des Evangelium Jesu Christi, wie es die Reformation Martin Luthers verstanden hat, bleibt nach wie vor. Es handelt sich nur um das Haus, in dem das evangelische Kirchenvolk wohnen soll. Dies gilt es neu zu gestalten und so, daß alle jeder Richtung, die Christen sein und darin wohnen wollen, es als ihre Heimat ansehen können und keiner sich als **unr gebudelt** betrachten muß.

Die Landeskirchenversammlung hat diese Aufgabe. Die Wahlen dazu sind auf 1. Juni 1919 ausgeschrieben. Jedes 25 jährige Kirchenglied, Mann und Frau, ist dazu berechtigt und soll von seinem Wahlrecht zum Heil seiner Kirche Gebrauch machen. Der Kirchenbezirk **Nagold** hat für sich allein einen weltlichen u. mit Herrensberg zus. einen geistlichen Vertreter zur Landeskirchenversammlung zu entsenden.

Wir brauchen Männer, die mit Liebe und Verständnis für die evangelische Kirche einen freien Blick für ihre Aufgaben in Gegenwart und Zukunft verbinden, die fromm und frei in ihr und für sie arbeiten wollen. Solche Männer müssen vom Vertrauen aller **Schichten** des Volkes getragen sein. Deshalb hat sich ein Kreis von Kirchengenossen aus Stadt und Land zusammengefunden und schlägt zur Wahl vor

Prokurist Schumacher
in Nagold

Stadtpfarrer Bölter
in Wildberg.

Beide sind aus unserer Mitte, ihre Arbeit liegt vor unsern Augen. Sie werden nach bestem Wissen und Gewissen für das eintreten, was der evangelischen Kirche nützt.

Der Wahlauschuß.

Altensteig.

Wahlvorschlag zur Gemeinderatswahl.

Wähler und Wählerinnen!

Damit die Landwirtschaft treibenden Einwohner auch eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung auf dem Rathaus haben, wählt

Seeger Fr., zur Traube, 3 mal
Silber Karl, Mühlebes., 3 mal
Beck Louis jr., Rotgerber, 3 mal

und seitherige bewährte Mitglieder

Brenner Martin, Sattler, 3 mal
Dietsch Christian, Privatmann, 2 mal

Viele Wähler.

**Forstamt Pfalzgrafenweiler.
Reisig-Verkauf.**

Am Samstag den 24. Mai 1919, nachm. 6 Uhr wird an der Spänplahütte das Durchforstungsreisig Nr. 1-4 aus Staatswald Abtlg. 2 Gardsacker verkauft.

Altensteig.

**Offener
Malzkaffee**

(markenfrei)
zum vorgeschriebenen Preis von
Mk. 1.16 das Pfd.

Lupinen

geröstet (bester Kaffee-Ersatz)
Pfund Mk. 2.—

Schön

Knoblauch

Pfund Mk. 2.50

empfiehlt

C. W. Luz Nachfolg.
Freih. Wähler jr.

**L. Schwäbische
Bürgerheim-
Geld-
Lotterie**
Ziehung am 31. Mai 1919.
2185 Geldgewinne mit zus. Mk.
36000
Hauptgew. bar oder Annah. o. d.
15000
5000, 1000
Los 20 Mk., 10 Lose 12 Mk.,
Los 10 Mk., 10 Lose 6 Mk.,
35 Mk. mehr, zu beziehen durch
die Lotteriestandorten
Eberh. Felzer, I. Schwickerl
Stuttgart, Stuttgart
Friedrichstr. 56, Marktstraße 6
Postfach 100, Postfach 100
Nr. 8413, Nr. 2095
sowie alle Verkaufsstellen.

Nachtbücher

für Gasthöfe u. Pensionen
nach neuer Vorschrift empfiehlt die

W. Nieker'sche Buchdr.
Altensteig, Tel. 11.

Bestorrens.

Benden: Margarete Walz geb.
Hertel, 34 Jahre.
Calw: Frau Wilhelmine Meier geb.
Werner, Bauamtsverwalterin, 21 J.
Göbhausen: Gottlob Schödlle Kauf-
mann 19 Jahre.

Altensteig.

Wahlvorschlag zur Gemeinderatswahl.

Wähler und Wählerinnen gebt eure Stimme bei der Wahl Männer die Erfahrung im Gemeindefwesen haben und ein Verantwortlichkeitsgefühl besitzen, wählt

Luz, Karl, Rotgerber 3 mal
Beck Paul, Kaufmann 3 mal
Dietsch Christian, Privatmann 3 mal
Kaltenbach Hermann, Fabrikant 3 mal
Beck Louis jr., Rotgerber 2 mal

Viele Wähler.

Verkaufe

2 gebrauchte Kleiderkästen, 2 dazupassende Kommode, 1 Waschtisch, 1 Nachttisch, 2 eichene Bettstellen mit Rost, Matratzen und Unterbetten gegen Barzahlung am Montag, den 26. ds. Mts. von nachm. 1 Uhr ab.

Oberkollwanger, den 20. Mai 1919.

Justine Hornbacher.

Altensteig.

STROM-MÜTE
neuester Façon



für Herren, Knaben
und Kinder

empfiehlt in schönster Auswahl

Carl Walz

Hut- u. Mützensgeschäft.



Altensteig.

Aluminium

Kochgeschirre
erhöhter Fabrikat empfiehlt
Karl Henssler
sen.

Inserate haben besten Erfolg!



Was will die „Freie Wählervereinigung?“

Jeder Wähler und jede Wählerin muß sich eindringlich die Frage zu Gemüt führen: Wohin soll der Weg gehen? Sollen wir unser Schicksal ganz den neuen Männern der neuen Zeit anvertrauen? — Oder sollen wir doch lieber an dem festhalten, was sich schon lange bewährt hat? — Seither haben wir uns bei der Gemeinderatswahl die Männer daraufhin angesehen, wie sie sich vor unser Aller Augen gezeigt und bewährt haben, nach ihren Leistungen haben wir sie gemessen und darnach haben wir ihnen unser Vertrauen geschenkt. Dabei sind wir gut gefahren. Drum wollen wir's auch ferner so halten:

**Keine Parteipolitiker auf's Altensteiger Rathaus!!
Sondern bewährte Sachwalter der Interessen der
Bürgerchaft!!!**

Schlagworte und Redensarten werden uns täglich und reichlich vorgelegt, wo aber sind die Leistungen? wo tatsächliche Errungenschaften? Unordnung, Wortverschwendung, kostspieliges Experimentieren, kurz alle unnötigen, überflüssigen Resierungen scheinen uns keine Errungenschaften, wenigstens nicht für den Mittelstand, dem wir Altensteiger doch die Meisten angehören.

Wir wollen ruhige besonnene Weiterentwicklung!

Ist denn früher gar nichts geschehen? Die Altensteiger haben wahrhaftig keinen Grund die Gemeindeverwaltung als rückständig anzusehen. Wir haben hier fast alle der gesamten Einwohnerschaft zugute kommende neuzeitliche Einrichtungen. Brauchen wir da wirklich die neuen Männer und deren neue Freunde?

Aufrechte Männer wollen wir!

Keine solchen, die ihre Meinung nach dem Winde drehen in der neuen Zeit! Zu den schwebenden Schulfragen wird auch auf dem hiesigen Rathaus ein gewichtiges Wort zu sagen sein.

**Dabei sollen bewußt christliche
Männer uns vertreten!**

Was die Notwendigkeit erheischt, das soll geschehen, aber gespart werden soll auch auf dem Rathaus in der kommenden schweren Zeit. Die Stadtwahlungen sollen der Einwohnerschaft erhalten bleiben! Sie sind es, die der gesamten Bürgerchaft helfen die Steuern zu zahlen.

Wir brauchen Männer, die nur von ihrem Pflichtgefühl geleitet werden, aufrechte Männer, Männer, denen das Wohl der Einwohnerschaft über Alles geht, auch über die Partei, kurz:

„Wir brauchen Männer, die das Herz auf dem rechten Fleck haben!“

Als solche schlagen wir vor:

1. Christian Dietsch, (seith. Gde.-Rat) 2 mal
2. Silber, Karl, Müller
3. Kastenbach, Hermann, Silberwarenfabrikant
4. Brenner, Martin, Sattler, (seith. Gdrt.) 2 mal
5. Beck, Louis jr., Gerber b. Hirsch
6. Wallraff, Paul, Schmied
7. Bühler, Heinrich, Schneider
8. Hornberger, Friedrich, Schuhmacher
9. Burghard, Christian jr., Kaufmann
10. Seig, Friedrich, Uhrmacher
11. Seeger, Friedrich z. Traube (seith. Gdrt.)
12. Theurer, Wilhelm, Sägewerksbesitzer.

Freie Wählervereinigung!

Wer würde jungem Fräulein von guter Familie aus Großstadt Sachsens für einige Wochen gute

Pension

zur vom Arzt empfohlenen Erholung gewähren. Angebote erbittet:

Walter Kube, Stuttgart

Koefenstraße 32.

Altensteig.



Schönste Norweger
Salz-Heringe

und
Marinierte
Heringe

per Stück 60 Pfg.

frisch eingetroffen bei

Chr. Burghard jr.

Malzkaffee

ist frisch eingetroffen bei

**W. Beeri
Altensteig.**

Altensteig.

Zur Lieferung von

Leim

auf Bezugsschein

empfiehlt sich

Lorenz Luz jr.

Suche zu sofortigem Eintritt ein
eheliches, zehnjähriges, 16—17 jähriges

Mädchen

das auch etwas Landwirtschaft versteht.

Frau Oberfäger Dieterle
Bölmtesmühle Post Altensteig.

Altensteig.

Schuhmacher- Gesuch.

Ein älterer, tüchtiger, selbständiger,
sowie ein jüngerer

Arbeiter

dem Gelegenheit geboten ist, sich in
seiner Majorarbeit auszubilden, können
sich sofort eintreten bei

**Wilh. Maier
Schuhgeschäft.**

Zweibrücken.

Eine schwere, hochtrachtige



Schaff-
Kalbin

unter 3 die Wahl
verkauft

Friedrich Bäuerle.

Suche ein

Lokal

zur Einrichtung einer
meh. Werkstätte.

Offerten an die Exped. unter
B. 618.



Turnverein Altensteig.

Gut Heil!

Am Sonntag, den 25. Mai unternimmt der
Turnverein eine

Maientour

nach Pfalzgrafenweiler. Weg über Zinsbachtal.

Dazu werden sämtliche Mitglieder mit Angehörigen
sowie alle Freunde der Sache freundlichst eingeladen.

Abmarsch 5 Uhr vom Lokal. Rückmarsch nachmittags.

Der Turnwart.

Beschäftseröffnung und -Empfehlung.

Einer werthen Einwohnerschaft von hier und Umgebung
zeige ich hiermit höflichst an, daß ich im Hause des verst.
Schlossermeister Vetter eine

Schlosserei u. mechanische Reparaturwerkstätte
eingrichtet habe und empfehle mich besonders den maschinell
eingesetzten Betrieben zur Reparatur sämtlicher Maschinen etc.

Es wird mein Bestreben sein eine werthe Kundschaft auf
Grund langjähriger Erfahrung in jeder Hinsicht zufrieden
zu stellen.

**Friedr. Beutler
Mechaniker.**

Statt Karten.

Nichelberg-Neuweiler.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu
unserer am

Dienstag, den 27. Mai 1919

stattfindenden Hochzeitsfeier

in das Gasthaus z. Waldhorn in Neumühle

freundlichst einzuladen.

Christian Walz

Sohn des

Adam Walz in Michelberg.

Katharine Delschlager

Tochter des

Nich. Delschlager
in Neuweiler.

Kirchgang um 11 Uhr in Michelberg.

Württembergische Feuerversicherung auf Gegenseitigkeit in Stuttgart.

Jahresergebnisse von 1918: Gesamtprämien-
einnahme 12534512 M., Gesamtversicherungssumme
4539396358 M., Vermögensertrag 1392816M., Schäden
2290758 Mk., Jahresüberschuß 5520404 M. Die Mit-
glieder erhalten wie seit 40 Jahren unverändert 60% Divi-
dende. Die Reserven erhöhen sich um 924876 M. auf
31269923 M. Liberalste Vergütung jedes durch ausreichende
Versicherung gedeckten Schadens ohne jeden Abzug.

Zur Entgegennahme neuer Anträge empfiehlt sich
Bezirksagent Ob.-Pfleger Rapp in Nagold, Chr. Burghard
sr. in Altensteig, Schultheiß Rath in Egenhausen,
Wilhelm Keppler in Enzklosterle, Schultheiß a. D.
Kern in Simmersfeld, Jak. Fr. Teufel in Spielberg,
M. Kirn in Walddorf, Johs. Großmann Gg. S. in Wart,
Chr. Ehrhardt in Wenden.

Inserate

für die am Samstag er-
scheinende Nummer unseres
Blattes bitten wir früh-
zeitig aufzugeben, größere Tags zuvor!